

stiftenden Einheit in der Vielfalt zu verzichten, müssten gezielt »Mobilitäts-Fenster« in den Studienprogrammen eingebaut werden, Auslandsaufenthalte also bewusst nahegelegt werden mit der Folge, dass die erwähnten Hochschullehrer und Kultusbeamten lernen, das es um Gleichwer-

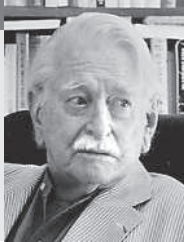
tigkeit der Studienleistungen, nicht um Gleichheit geht.

Erasmus muss nach 25 Jahren mehr werden als ein subventionierter Urlaub im universitären Milieu. Es ist Zeit, das Erreichen der Ziele zu überprüfen und sich nicht an Zahlen zu berauschen. ■

Klaus Harpprecht

Das gibt es auch: Der historische Erfolg, der Europa heißt

Klaus Harpprecht



(* 1927) ist Mit-Herausgeber der *Neuen Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei *S. Fischer* erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.

Eigentlich müssten die Christen erlöser aussehen, soll Friedrich Nietzsche gesagt haben. Ganz in diesem Sinn bemerkte ein belesener Zeitgenosse (Ost) einige Jahre nach der »Wende«, er habe sich die befreiten Europäer vergnügter vorgestellt. Er würde heute, fast ein viertel Jahrhundert nach dem Zerfall der sowjetisch-imperialen Zuchtanstalt, womöglich von einem »Europa der schlechten Laune« sprechen, und dies nicht nur in den neuen Mitgliedstaaten im Osten (mit der bemerkenswerten Ausnahme Polens, das sich seiner Erfolge freut, von denen der Ausnahme-Deutsche Nietzsche vielleicht gesagt hätte, ihre Erfolge seien in Wahrheit die Kinder ihrer Fähigkeit, sich des Lebens zu freuen, trotz aller Tragödien, die ihnen die Geschichte auferlegt hat).

Der deutschen Konjunktur, die den Geschwister-Ländern in der Union so lange und so weit voraus war, würde keine Menschenseele diese Kausalität unterstellen. Zwar könnte ein amerikanischer Bür-

ger deutscher Herkunft, der sich dreimal oder viermal im Jahr in Berlin und Hamburg, in Frankfurt, Stuttgart oder München umsieht, den Landsleuten in der alten Heimat einräumen, dass die Gesichter im Gang der Zeit etwas heller, die Manieren freundlicher, der Umgangston höflicher, ja um einen Hauch entspannter geworden sind: Aber in ein fröhliches Volk hat Europa die Deutschen (noch) nicht verwandelt.

Indes, die kleinen Fortschritte sind umso erstaunlicher, da Tag für Tag, nein, Stunde für Stunde auf die Köpfe der Deutschen ein Trommelfeuer der Medien niederprasselt, bei dem fast ausschließlich euro-skeptische, wenn nicht anti-europäische Munition verschossen wird – und dennoch glauben noch mehr als 40 Prozent der Bürger an den Fortbestand des Euro und mehr als die Hälfte an die Notwendigkeit eines vereinten Europa.

Das aber heißt, dass nicht nur die »Idee Europa« fester in der kollektiven Seele (falls es die gibt) verankert ist, als es unser-einer zu hoffen wagte, sondern auch die europäische Realität mit all ihren Gefährdungen, und ihrer der Stagnation als ein unzerstörbares Element unserer historischen Entwicklung betrachtet wird. Allzu sehr sollten wir zum anderen nicht überrascht sein: Die deutschen Zeitungen und Zeitschriften, die Mehrzahl der Radio-

Kommentatoren, die Großmäuler in den Talkshows haben seit dem ersten Schritt zu einem Zusammenschluss der Gründerstaaten, immer kritischer beurteilt als die Mehrheit der Politiker und letztlich auch die Majorität der Bevölkerung.

Am Ende scheinen die zumeist arg beäugten Politiker und vor allem die Mehrheit der Wähler weitschauender gedacht und umsichtiger gehandelt zu haben als wir: die Mitglieder der schreibenden, im Radio hochtönenden, am Fernsehschirm pathetisch gestikulierenden und neuerdings online predigenden Elite mit unseren erhobenen Zeigefingern. Was Europa angeht, zeichnete sich unsere Wundertruppe nicht durch Scharfsinn und unfehlbare Instinkte aus. Keine gesellschaftliche Gruppierung hat für Europa weniger geleistet als wir, die sogenannten Intellektuellen.

Wir kamen unserer Pflicht zur Kritik nach, doch in Wahrheit verirrtten wir uns peinlich oft in den Ideal-Gefilden der Nicht-Politik, in denen die Löwen neben den Lämmern liegen, und wir hegten in unseren Gemütern die Empfindung des Nationalen noch lange (oder noch immer) als das höchste der Gefühle. Waren uns die französischen *confrères* nicht das heimliche Vorbild, die so vorzüglich von den Prinzipien der Menschheit sprachen, doch am 14. Juli allesamt das Clairon an die Lippen setzen, um das Vaterland zu feiern, zumal unsere linken Glaubensbrüder.

Die Verteidigung der »nationalen Interessen«

Ist es jetzt so viel anders? Sollten wir, die Linken und Linkliberalen, nicht auch reumütig an die eigene Brust schlagen, wenn vom Aufbruch ins Vereinte Europa die Rede ist? Versuchte nicht Kurt Schumacher, der schwergeprüfte, uns nach 1945 einzureden, dass die Sozialdemokratie niemals mehr die Verteidigung der »natio-

nal Interessen« den Rechten überlassen dürfe, zumal nicht gegenüber der Besatzungsherrschaft, und auf keinen Fall im geteilten Deutschland, das sich an das Recht zur Wiedervereinigung klammern müsse. Im Juni 1950 stimmten die Sozialdemokraten gegen die Aufnahme der Bundesrepublik als assoziiertes Mitglied in den Europarat (zusammen mit den Abgeordneten der KPD, der rechtsradikalen Deutschen Reichspartei und der Bayernpartei). Zwar hatte jenes Gremium nur eine beratende Funktion – anders als das Europa-Parlament, das 1958 mit den »Römischen Verträgen« über die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Welt kam –, doch immerhin war es die erste europäische Institution, die sich dem neuen deutschen Staat öffnete. Zwei Jahre später starb Kurt Schumacher, an den Folgen seiner zehnjährigen Haft in mehreren Konzentrationslagern.

Unter dem Einfluss von Willy Brandt, Fritz Erler und Helmut Schmidt besann sich die SPD wieder auf die Internationalität, von der sie bis zum Ersten Weltkrieg geprägt war, und sie bereitete sich auf die Anerkennung der »Westpolitik« Konrad Adenauers vor. Brandt hatte öffentlich erklärt, die Zugehörigkeit der Bundesrepublik zum Westen, zur Europäischen Gemeinschaft, könne keine Sekunde in Zweifel gezogen werden, wenn die SPD die Verantwortung in Bonn übernehme. Fünf Tage später, am 30. Juni 1960, hielt Herbert Wehner zuvor – weiß Gott kein Mann der Adenauer-Strategie – jene entscheidende Rede, mit der die SPD nicht nur die Anerkennung der Außenpolitik im ersten Jahrzehnt des Bonner Staates vollzog – sondern damit auch den Willen zur Übernahme der Macht in der Bundesrepublik ankündigte.

Jeder französische Präsident und jeder deutsche Kanzler verstanden nach wenigen Wochen im Amt, dass sie unter dem Gesetz des europäischen Handelns standen und dass sich in Europa nichts ohne die

deutsch-französische Partnerschaft bewege. So schroff die Differenzen sein mochten – die Akteure waren allemal zu Kompromissen gezwungen, auch Angela Merkel und Nicolas Sarkozy, und es brauchte seine Zeit, bis sich die Öffentlichkeit auf beiden Seiten des Rheines an das Bild vom Paar Merkozy gewöhnt hatte.

Die Kanzlerin und François Hollande haben es womöglich schwerer miteinander: die karge Norddeutsche mit dem langen Atem, die sich nicht rasch entschließt, sich von einem ihrer Prinzipien zu trennen – nicht ohne Gegenleistungen, die dem neuen Präsidenten nicht so leicht abzurufen sind, zumal er – wie so viele der französischen Sozialisten – noch tief im national-staatlichen Denken verwurzelt ist. Wie Lionel Jospin, aber auch Laurent Fabius – späte Schüler der Leitfigur Mendes-France.

Die Kanzlerin gab endlich die Einsicht zu erkennen, dass die Staatsschulden der Insolvenzbedrohten Länder von der Euro-Gemeinschaft zum guten Teil übernommen werden müssen, ob von der Zentralbank oder einer neu zu schaffenden Finanzinstitution. Auch ihr wurde deutlich, dass sich Griechenland, Spanien, Portugal, womöglich auch Italien nicht gesundsparen können. Vielmehr sind sie – wie die Republik von Weimar – in Gefahr, sich krank zu sparen. Vom Hungern wird man leider nicht satt.

Also braucht es zum einen Reformen und Reformen brauchen Zeit), zum andern braucht es Kapital für ein Konjunktur-Programm, um in den Unternehmen eine neue Vitalität zu wecken und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Die Regenten der deutschen Industrien – gestern noch auf hohen Rossen – beginnen die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Wiederaufrüstung am eigenen Leibe zu spüren. 40 % der deutschen Exporte werden in den Euro-Ländern abgesetzt, etwa 60 % in der gesamten EU. Nun schwinden die Aufträge rapide. Fürs nächste Jahr rechnen die Ex-

perten, wenn wir Glück haben, noch mit einem Zuwachs von maximal einem Prozent. Die Mercedes-Sterne und die Audi-Ringe in China richten nicht alles.

Die Kanzlerin hat Recht, wenn sie als Gegenleistung für die Sozialisierung der Schulden, der Bürgschaften, der Konjunktur-Programme die Etablierung einer fiskalischen Überwachung und eine gemeinsame Kontrolle der Banken fordert (von denen sie freilich die Sparkassen und die Genossenschaftsbanken ausnehmen will – als hätten deren Direktoren allesamt im Spekulationsrausch einen kühlen Kopf behalten, von den Chefs der Landesbanken und ihren ministeriellen Aufsehern gar nicht zu reden, denen der Pleitegeier als Wappentier verliehen werden sollte). Zum andern besteht die Kanzlerin auf eine Kontrolle der nationalen Budgets: durch eine Instanz, die der Ansatz zu einem europäischen Finanz- und Wirtschaftsministerium wäre. Dies verlangt von allen Beteiligten das Opfer weiterer nationaler Souveränitäten (die in Wirklichkeit längst ausgehöhlt sind). Präsident Hollande möchte – wenn denn überhaupt – den Aufbau einer gemeinsamen Kontroll-Instanz der Euro-Länder erst am Ende des Rettungsprogramms angehen.

Keine französische Regierung, soll er deklariert haben, werde jemals die Einmischung ausländischer Institutionen in das nationale Budget dulden. Die Republik – letztlich doch eine patriotische Ersatzreligion – mag nicht dulden, dass sich ein ketzerisches Europa an ihren heiligsten Gütern vergreift. Die Deutschen aber wollen auf diesen entscheidenden Schritt zur politischen Union keinesfalls verzichten. Das Ziel ist die Föderation der Euro-Staaten – die einzige realistische Lösung der »ewigen deutschen Frage«: nämlich die nach der permanenten Einbindung des Kolosses in der Mitte Europas. Ohne diese Erwartung hätten weder Frankreich noch Großbritannien, weder Polen noch die einstige Sowjetunion der Wiedervereinigung zugestimmt.

Die Rolle der Sozialdemokratie

Der SPD fällt in dieser Konfrontation der Interessen eine Schlüsselfunktion zu. Vor allem sind François Hollande und Angela Merkel auf ihre Vermittlung angewiesen. Sie muss, um ihrem Part zu genügen, die Europa-Partei schlechthin werden, und sie sollte es zuwege bringen, dass unsere Bürger nicht länger nur schiefmäulig, angstvoll und zugleich ein bisschen gelangweilt von Europa reden, sondern sich der Leistungen entsinnen, die wir den Institutionen in Brüssel und in Straßburg verdanken, trotz all der Hindernisse, die sich bei der täglichen Kooperation ergeben.

Man versuche, eine Liste anzulegen, was Europa – auch als Fragment – in den vergangenen Jahrzehnten möglich gemacht hat. Allein der Segen des Binnenmarktes, den wir in den Regalen der Warenhäuser bestaunen können! Die Selbstverständlichkeit eines internationalen Studiums. Die großartige Arbeit des deutsch-französischen Jugendwerkes. Der freie Markt der Arbeitskräfte. Die bewundernswerte Leistungsfähigkeit des europäischen Beamtenapparates, dem der einstige Ministerpräsident Edmund Stoiber – mit der Prüfung der Behörden beauftragt – ein so glänzendes Zeugnis ausgestellt hat – er ausgerechnet, der wie die meisten unserer Provinz-Politiker gern die Schuld für die komplexen Realitäten den »Technokraten« in Brüssel zuschob, denen einst auch der Bundeskanzler Helmut Schmidt gern die Rolle der Generalsündenböcke zuschrieb.

Die Damen und Herren in Brüssel übertrieben gelegentlich ihren Regulierungseifer bis zur Grenze des Lächerlichen, doch meist dem Wunsch eines Mitgliedlandes gehorchend. Niemand bedenkt, welchen Unsinn die deutschen Bundes- und Landesverwaltungen Tag um Tag produzieren. Nun fordert auch Stoiber, vom Saulus zum Paulus gewandelt, »mehr, nicht weniger Europa«, nicht anders als Helmut Schmidt, der im Dezem-

ber 2011 beim Bundesparteitag der Sozialdemokraten eine der besten Reden seiner langen Karrieren hielt, in der er vor allem vor der Isolierung Deutschlands warnt, die zu verhindern eines der Grundziele der europäischen Vereinigung war und noch immer ist.

Das Gebot galt, von Konrad Adenauer an, für sämtliche Bundeskanzler. (Nur Ludwig Erhard begriff es nicht.) Angela Merkel wird dieser Maxime nicht untreu werden. Sie könnte überdies Europa einen großen Dienst erweisen (dies gilt in Wahrheit für uns alle): Sie sollte von Europa mit einem Lächeln der Dankbarkeit sprechen, einem Lächeln der Freude über die eindrucksvollen Erfolge, die bisher auf dem langen Weg zum europäischen Bundesstaat geglückt sind.

Die Zuerkennung des Friedens-Nobelpreis an die Europäische Union durch die norwegische Jury (der nur Mitglieder des Parlamentes angehören) ist nicht nur die Anerkennung der Leistungen auf dem Weg zur Europäischen Föderation, sondern ein unschätzbare Signal der Ermutigung – und zugleich ein Appell, sich der Arbeit an der fortschreitenden Integration nicht zu versagen. Und ein »Versagen« wäre es (in jedem Sinn des Wortes). Der Preis kam zur rechten Zeit – mitten in einer Art europäischer Sinnkrise.

Europa hat uns die längste Friedens-epoche der Geschichte gesichert. Es hat die traditionelle Feindseligkeit an den Grenzen in der Regel durch die gute Nachbarschaft ersetzt. In Oslo lobte die Jury besonders die Aussöhnung zwischen Frankreich und Deutschland – die Basis jeder wichtigen Entscheidung. Die Europäische Union hat unser Leben bunter und reicher gemacht. Es verdient, dass wir von ihr mit Freude sprechen. »Ihr könnt stolz sein auf unser Land«, rief Willy Brandt im Herbst 1972 den Bürgern zu. Er würde nicht zögern, von uns nun eine Portion Stolz auf dieses Europa einzufordern. Er hat es mitgeschaffen. ■